

# Für Pluralität im Gesundheitssystem

## gpk-Gespräch mit Erwin Rüdgel, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**gpk:** Was hat Sie bewogen in die Politik zu gehen?

**Rüdgel:** Über mein Elternhaus bin ich mit der Politik in Berührung gekommen. Mein Vater ist seit 1963 ehrenamtlicher Ortsbürgermeister in Rheinland-Pfalz, und dieses Amt übt er auch noch heute aus. 1972 bin ich in die CDU eingetreten, weil mich die von ihr vertretenen Werte und Positionen angesprochen haben. Über die politische Arbeit vor Ort, Junge Union, CDU-Ortsverband, Kreisverband, über die Bezirks- und Landesebene bin ich dann in der Bundespolitik angekommen. Ich habe diese Ebenen nicht einfach durchlaufen, sondern auf jeder Ebene relativ lang verharret.

**gpk:** Welche Werte haben Sie besonders angezogen?

**Rüdgel:** Das Eintreten für die Freiheit hat mir immer imponiert. Dazu gehörte auch, dass die CDU nie einen Zweifel daran gelassen hat, eines Tages die Einheit des deutschen Volkes erreichen zu wollen. Auch dass der Mensch im Mittelpunkt stehen muss und nicht der Staat. Also Freiheit und Eigenverantwortung als Konsequenz aus dem Subsidiaritätsprinzip: alles, was die Menschen in freier Vereinbarung oder auf der unteren Ebene regeln können, das soll nicht der Staat von oben regeln. Es ist keinesfalls so, dass der Staat immer alles am besten regeln kann.

**gpk:** Das ist ein wichtiger Ansatz. Das geht auch auf die Französische Revolution zurück, auf die Aufklärung. Dass es einen Raum vor dem Staat gibt, dass der Staat nicht unmittelbar dem Einzelnen gegenüber steht. Das entspricht auch dem christlichen Menschenbild von dem sich die CDU leiten lässt. Der Mensch ist in Strukturen wie der Familie subsidiär geborgen und kann so eigenverantwortlich und frei als Bürger mit seinen Freiheiten und Grundrechten dem Staat gegenüber treten.

**Rüdgel:** Für mich ist das der vorpolitische Raum. Dazu gehört auch die Förderung des Ehrenamtes, die ich vor Ort in meinem Wahlkreis praktiziere. Ich bin mittlerweile in etwa 50 Vereinen Mitglied und will

damit auch zum Ausdruck bringen, wie wichtig mir der vorpolitische ehrenamtliche Raum ist. Ich bin auch in verschiedenen Bereichen selbst ehrenamtlich aktiv. Wichtig ist, dass Menschen bereit sind, Eigenverantwortung zu übernehmen.

Allerdings habe ich den Eindruck, dass es eher eine gegenteilige Tendenz gibt, dass die Übernahme von Eigenverantwortung als Zumutung empfunden wird. Man müsste bereits in der Schule ansetzen, damit Eigenverantwortung als Chance und nicht als Zumutung begriffen wird.

### Ehrenamtliches Engagement

**gpk:** Der Pluralismus im vorpolitischen Raum macht die Buntheit und Konkretetheit des Systems aus. Es wird allzu leicht geurteilt, ein Engagement im vorpolitischen Raum sei „Interessen“ geleitet. Den Begriff „Interesse“ muss man in einer ganz anderen Bedeutung sehen, denn jeder hat existenzielle Lebenszwecke, die er verwirklichen will. Er muss für sich, für die Familie, für die Gemeinde oder wo er steht oder in den vielfältigen Vereinen diese Lebenszwecke zu verwirklichen versuchen. Es ist falsch wenn man dahinter nur bloßes selbstsüchtiges Interesse vermutet. Nicht nur der Staat ist dem Gemeinwohl verpflichtet.

**Rüdgel:** Wir müssen wieder stärker ins Bewusstsein bringen, dass eine gute Zukunft unseres gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens davon abhängt, dass sich keine Distanz zwischen dem Einzelnen und der Politik auftut. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung ist aus meiner Sicht ein Warnsignal. Hier müssen wir gegensteuern.

**gpk:** Sind Sie in ihrem politischen Werdegang, zum Beispiel auch als Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz, auch mit Fragen des Gesundheitssystems befasst gewesen?

**Rüdgel:** Im Landtag habe ich mich als Mitglied im Sozialausschuss am Rande mit der Gesundheitspo-

litik beschäftigt. Über meine Funktion als Seniorenpolitischer Sprecher war ich stärker mit den Themen Pflegeversicherung und Gesundheitswesen befasst. Allein schon deshalb, weil eine gute gesundheitliche Versorgung für eine alternde Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Als Seniorenpolitischer Sprecher ging es mir einerseits um die Teilhabe an den Erfahrungen der älteren Generation, aber auch darum, dass ältere Menschen das Gefühl bekommen, dass auch diejenigen, die über 55 sind, noch gebraucht werden.

Auf der anderen Seite würden viele gesellschaftliche Aktivitäten ohne die Senioren nicht mehr funktionieren. Ohne die über 60-jährigen wären ehrenamtliche Aktivitäten vor Ort nicht mehr möglich. Das berührt die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Deshalb müssen die älteren Menschen die Gewissheit haben, dass ein gutes Pflege- und Gesundheitssystem dafür sorgt, dass sie ohne Sorge alt werden können.

### Weiterentwicklung des Pflegegesetzes

**gpk:** Ist in dieser Legislaturperiode mit einer Weiterentwicklung der Pflegegesetzgebung zu rechnen?

**Rüddel:** Wir setzen uns mit dieser Thematik intensiv auseinander. Einerseits mit der Finanzierung über Sozialversicherungsbeiträge, andererseits aber brauchen wir mit Sicherheit auch einen privat finanzierten Pfeiler, damit die Pflegeversicherung stabil bleibt. Ein wesentlicher Punkt ist der Pflegebegriff, der klarer definiert werden muss. Dabei geht es darum, wie weit die Demenzerkrankung über die Pflegeversicherung abgesichert ist.

**gpk:** Die große Koalition war in der letzten Legislaturperiode im Blick auf die Pflegeversicherung gesetzgeberisch tätig. Soll das weiter geführt oder unter anderen Aspekten novelliert werden?

**Rüddel:** Wir werden dieses Gesetz weiterentwickeln und den aktuellen Gegebenheiten anpassen müssen. Dabei steht die zunehmende Zahl der Demenzerkrankungen im Mittelpunkt, und da müssen wir Perspektiven entwickeln. Im Bereich des Familienausschusses gibt es die Initiative zu der Frage Arbeit und Pflege. Es wird nach Wegen gesucht, wie Berufstätigkeit und pflegebedürftige Eltern unter einen Hut gebracht werden können.

**gpk:** Das Patientenrechtegesetz ist ein weiteres Vorhaben. Sie sind in der Arbeitsgruppe der Union.

**Rüddel:** Ich bin der Berichterstatter und ich denke, das oberste Recht der Patienten ist die freie Arztwahl. Hier müssen wir Wege finden, dass die freie Arztwahl in der Fläche langfristig gesichert ist. Wenn man weiß, dass bis 2019 fast 50.000 Ärzte in der Fläche ihre Berufstätigkeit aufgeben werden, dann müssen wir dafür sorgen, dass auch in fünf oder zehn Jahren die Menschen in der Fläche noch die Chance haben, ihren Hausarzt und ihren Facharzt zu finden. Das zweite ist, dass in einer komplizierter werdenden Welt, die besonders kompliziert wird im Gesundheitsbereich, die Politik den Menschen Orientierung gibt. Hier ist es deshalb besonders wichtig, dass die Menschen Zugang zu einer unabhängigen Patientenberatung haben.

### Keine Priorisierung und Rationierung

**gpk:** Letztendlich ist die gesamte Gesundheitsversorgung um des Patienten willen da. Natürlich sind auch die Ärzte, die Pharmaindustrie, die Heil- und Hilfsmittel-Hersteller beteiligt.

**Rüddel:** Wir haben das beste Gesundheitssystem der Welt, aber auch eines der teuersten. Da muss immer wieder überlegt werden, wie dieses System finanziert werden kann. Ich denke wir müssen überprüfen, wo man, ohne das Leistungsspektrum einzuschränken, Kosten reduzieren kann. Wir müssen auch weiterhin sehen, wo wir Bereiche optimieren, wo wir Bürokratie abbauen können und wo wir auch durch bessere Zusammenarbeit im ambulanten und stationären Bereich Kosten reduzieren und das System effizienter machen können.

Da stehen in den nächsten Jahren noch große Aufgaben an. Ich denke es ist wichtig, dass man nicht – wie in Großbritannien – in einigen Jahren in Deutschland über Priorisierung oder Rationierung im Gesundheitswesen sprechen muss, sondern dass wir es hinbekommen, dass jedem eine gute Gesundheitsversorgung zur Verfügung steht.

**gpk:** Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung stehen jährlich rund 165 bis 175 Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen jedes Jahr etwa 30 Milliarden Euro der privaten Krankenversicherung. Das sind rund 200 Milliarden Euro. Dann kommen noch die Medikamente hinzu, die privat bezahlt und nicht von der Krankenkasse erstattet werden.

**Rüddel:** In der Gesundheitswirtschaft – ich tu mich schwer mit dem Begriff „Gesundheitsmarkt“, weil im Gesundheitsbereich fast alles reguliert ist – sieht man, dass die Menschen bereit sind, zusätzlich zu den Ausgaben der GKV und der PKV Geld für die eigene Gesundheit auszugeben. Aber man muss darauf achten, dass man die Menschen nicht überfordert, denn wir haben nicht nur mit Finanzierungsproblemen im Gesundheitsbereich zu kämpfen, sondern auch im Bereich der Alterssicherung.

Wenn wir mehr Eigenverantwortung in der Finanzierung fordern, dann müssen wir auf der anderen Seite die Menschen auch steuerlich entlasten. Das ist im Moment schwierig, aber an dieser Aufgabe müssen wir dranbleiben.

Grundsätzlich gilt: Die Eigenverantwortung sollte im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich und in der Altersvorsorge einen höheren Stellenwert bekommen. Gleichzeitig müssen wir die Effizienzpotenziale ausschöpfen, wobei ich mir vorstellen kann, dass mit weniger Bürokratie und vielleicht etwas mehr Vertrauen einiges an Kosten einzusparen ist.

**gpk:** Wir kommen wohl nicht umhin in Zukunft die soziale Dimension stärker mit der wirtschaftlichen zu sehen und zu verknüpfen. Das ist bei Ihnen aufgrund Ihres Werdegangs gegeben.

**Rüddel:** Ja, durch den politischen wie beruflichen Werdegang und auch durch die Tätigkeit im Gesundheitsausschuss und im Familienausschuss - dort als Berichterstatter für den Seniorenbereich. Das empfinde ich als eine ideale Verknüpfung gesundheitspolitischer mit gesellschaftspolitischen Aspekten. Wenn im Gesundheitsbereich 80 Prozent der Kosten von 20 Prozent der Bevölkerung verursacht werden, dann hat man gerade über die Verknüpfung dieser beiden Ausschüsse einen guten Zugang, um die Gesundheits- und Gesellschaftspolitik sozusagen gleichzeitig im Blick zu haben.

**gpk:** Haben Sie sich mit all diesen Aufgaben nicht zu viel aufgebürdet?

**Rüddel:** Als Landtagsabgeordneter habe ich parallel auch die Geschäftsführung einer Senioreneinrichtung innegehabt und konzentriere mich im Moment auf die Bundestagstätigkeit. Ich halte mich mit Joggen fit und habe 2007 meinen ersten Marathon absolviert. Aber natürlich ist es eine Herausforderung,

zwei Ausschüssen mit dieser politischen Dimension gerecht zu werden.

Wenn man aus einem kleinen Landesverband wie Rheinland-Pfalz kommt, und der Landesverband den Anspruch hat, in möglichst allen wesentlichen Ausschüssen mit Abgeordneten vertreten zu sein, dann kommt es zu solchen Anforderungen. Und dann haben wir mit Maria Böhmer als Integrationsbeauftragter im Kanzleramt und mit Julia Klöckner als Staatssekretärin für Verbraucherschutz auch noch zwei Regierungsmitglieder. Mit Michael Fuchs einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und mit Joachim Hörster ein Mitglied im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand und mit Bernhard Kaster einen Parlamentarischen Geschäftsführer. Wir sind 13 Abgeordnete, davon fünf sozusagen in besonderer Funktion – da bleibt für die anderen acht eine Menge Ausschussarbeit.

### **Patientenberatung soll ausgebaut werden**

**gpk:** Sie sind Berichterstatter zum Patientenrechtegesetz. Gibt es dazu schon Beratungen?

**Rüddel:** Es finden im Moment intensive Vorgespräche statt. Ich habe schon erwähnt, dass die ärztliche Versorgung in der Fläche ein wichtiges Patientenrecht ist. Die Rechte der Patienten sollen in einem Gesetz gebündelt werden. Die unabhängige Patientenberatung ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Es gibt ein Modellprojekt, das dieses Jahr ausläuft und deshalb jetzt dauerhaft gesichert werden soll. Derzeit gibt es 22 Beratungsstellen, deren Zahl soll noch zunehmen.

Unser Gesundheitssystem wird nach meiner Wahrnehmung komplizierter, aber auch besser. Deshalb brauchen die Menschen entsprechende Wegweiser, wie sie ihre optimale Versorgungsform und -struktur finden. Das sollte nicht interessengeleitet sein. Mit der unabhängigen Patientenberatung liegen bereits Erfahrungen vor. Diese müssen wir sichern und weiter ausbauen. Dazu bedarf es auch zusätzlicher Mittel.

Ich stelle mir vor, dass man über zentrale Beratungsstellen, aber auch über eine zentrale Telefonberatung, schnell effiziente Beratungslösungen findet. Wir müssen uns auch um Online-Plattformen bemühen, auf der Fehler, die im Gesundheitssystem passiert sind, gesammelt werden. Weniger unter dem Aspekt, dass man die Verursacher verfolgen und bestrafen will, son-

dern um aus den Fehlern zu lernen, damit sich einmal gemachte Fehler erst gar nicht wiederholen können. Davon verspreche ich mir sehr viel – nicht zuletzt im Sinne der Vertrauensbildung.

**gpk:** Sie sprechen von „Vertrauen“. Ist das für Sie ein entscheidender Punkt? Vertrauen gegenüber der Politik, aber auch gegenüber der Ärzteschaft oder dem Pflegepersonal.

**Rüddel:** Misstrauen endet in einer überbordenden Bürokratie. Wenn man Ansätze findet, gegenseitiges Vertrauen zu festigen, dann kann man im Gesundheitsbereich viele Kosten sparen. Das trägt dazu bei, dass das System finanzierbar bleibt.

**gpk:** Mit der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung haben wir ein „pluralistisches“ System. Sollte dies so erhalten bleiben? Und soll sich die GKV was die Altersrückstellungen betrifft, die PKV zum Vor-

bild nehmen, die immerhin rund 130 Milliarden Euro Rücklagen hat.

**Rüddel:** Ich bin für Pluralität im System, auch für die Festigung des PKV-Systems. Die GKV kann sich sicherlich einige Dinge im PKV-System zum Vorbild nehmen. Wir haben schon eine starke Konzentration in den letzten 10 Jahren auf diesem Markt erlebt, aber ich denke, es wird sicherlich auch noch den einen oder anderen Zusammenschluss geben. Doch wenn wir von Wettbewerb sprechen, dann muss es auch Akteure in diesem Markt geben, und dann können wir nicht alles auf einige wenige Kassen hinauslaufen lassen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir eine Vielzahl von Akteuren sowohl im GKV- als auch im PKV-Bereich brauchen, damit es weiterhin Wettbewerb im System gibt. Wettbewerb führt zu mehr Qualität.

**gpk:** Herr Rüddel wir danken Ihnen für das Gespräch.  
© gpk